

Wir leben hier. Seit 1725.

Hanauer Anzeiger

Mittwoch, 30. September 2026

Nr. 227 • D 3438 • A • € 2,80

EIN-SPRUCH



Was wir in Deutschland momentan brauchen, ist mehr Hanau.

Pascal Reddig (CDU), Mitglied des Deutschen Bundestags und Hanauer Stadtverordneter, bei der Vereidigung und Amtseinführung von Hanau neuem Oberbürgermeister Maximilian Bieri (SPD) über die Errungenschaften der Stadt in Fragen des Zusammenhalts und der Vielfalt.

» SEITE 19

Top-Platzierung für Bruchköbeler Schule

Beim Deutschen Schulpreis hat das Bruchköbeler Lichtenberg-Oberstufen-Gymnasium einen Platz unter den besten Sechs erzielt. Beim Finale des renommierten Wettbewerbs am Dienstag in Berlin war der Jubel groß bei der 17-köpfigen Delegation. Im Beisein von Bundeskanzler Friedrich Merz strichen die Bruchköbeler ein Preisgeld in Höhe von 30.000 Euro ein. Das Geld soll in die Schulbibliothek investiert werden. Den Sieg holte die Bertha-von-Suttner-Schule aus Mörfelden-Walldorf.

HOW/FOTO: LAUTENSCHLÄGER (PM)

» SEITE 24



Grünes Licht für Übernahme durch Edeka

Main-Kinzig-Kreis/Hanau – Wie geht es weiter mit den Filialen der Kette Tegut? Diese Frage hat nun das Bundeskartellamt beantwortet: Insgesamt 178 bundesweit dürfen von Edeka übernommen werden. Das betrifft auch Standorte im Main-Kinzig-Kreis sowie einen in Hanau an der Heldenbergener Straße. Dort soll sich die Farbgebung von Orange in Blau-Gelb ändern. Andere Filialen dürfen für die kommenden vier Jahre aber nicht von Branchenriesen Edeka übernommen werden. Dies betrifft zum Beispiel Standorte in Nordhessen und Bayern. Das Kartellamt unterzog den Vorgang einer strengen Prüfung, da befürchtet wurde, dass Edeka eine zu große Marktmacht ausbauen könnte. Gerade in kleineren Orten sind die Märkte wichtig für die Nahversorgung.

jed » SEITE 26

HANAU

Ära geht zu Ende

Nach 54 Jahren schließt mit Radio Schröder in Steinheim ein echtes Traditionsgeschäft für immer seine Pforten. Aus gesundheitlichen Gründen zieht die Familie schweren Herzens einen Schlussstrich.

» SEITE 21

MAINTAL

Haushaltsbeschluss

Die Stadtverordneten haben am Montag den Haushalt 2026 und die Finanzplanung bis 2029 beschlossen. Sechs Fraktionen hatten ein Antragspaket geschnürt.

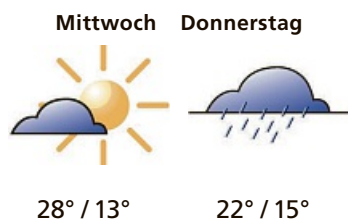
» SEITE 22

SPORT

Star bei Türk Gücü

Sie ist der Star bei den Frauenfußballerinnen von Türk Gücü: Dusanka Juko Jukic, 24-fache kroatische Nationalspielerin, will mit den Hanauerinnen aufsteigen.

» SEITE 15



**BÖRSE
SERVICE
TV-PROGRAMM
WETTER**

**SEITE 8
SEITE 20
SEITE 31
SEITE 34
SEITE 35**

Hanauer Anzeiger GmbH & Co. KG
Donaustraße 5, 63452 Hanau
hanauer.de
facebook.de/HanauerAnzeiger
Mail: redaktion@hanauer.de
Instagram: hanauer_anzeiger
Redaktion: 0 61 81 29 03-3 33
Anzeigen: 0 61 81 29 03-5 55
Kundenservice: 0 61 81 29 03-4 44
kundenservice@hanauer.de



Koalition ringt um Pflegereform

Union und SPD suchen Kompromiss vor dem geplanten Kabinettsbeschluss

Berlin – Für Millionen Pflegebedürftige und ihre Angehörigen soll es spürbare Veränderungen geben – doch zentrale Punkte der geplanten Reform sind in der Koalition vor dem für Mittwoch geplanten Kabinettsbeschluss weiter strittig. Bundesgesundheitsminister Carsten Linnemann (CDU) drückt bei seinem Entwurf zur Vermeidung höherer Pflegebeiträge aufs Tempo. Die SPD lehnt „ein reines Kürzungspaket“ ab. Beide Seiten verhandelten am Dienstag weiter über einen möglichen Kompromiss. Auch eine spätere Kabinettsbefassung wurde in der Koalition nicht ausgeschlossen. „Noch ist kein weißer Rauch aufgestiegen, aber ich bin guter Dinge, dass man sich an der Stelle annähern wird“, sagte der SPD-Gesundheitsexperte im Bundestag, Christos Pantazis, im ZDF. Kein Verständnis für die SPD-Forderungen zeigte CDU-Vizechef Karl-Josef Laumann. Diese

kosteten „sehr viel Geld“, sagte der NRW-Gesundheitsminister im Deutschlandfunk. „Und es ist eben das Geld überhaupt nicht da, im Gegenteil, wir müssen gucken, wo können wir in der Pflegeversicherung auch noch Geld einsparen.“

Ziel: Stabilere Finanzen

Linnemann will mit dem Gesetz auf Basis eines Reformentwurfs seiner Vorgängerin und jetzigen Kanzleramtschefin Nina Warken (CDU) vor allem die Finanzen stabilisieren. Trotz einer Beitragsanhebung vergangenes Jahr sind die Kassen chronisch unterfinanziert. Der Beitragssatz liegt bei 3,6 Prozent, für Kinderlose betragen sie 4,2 Prozent der beitragspflichtigen Einnahmen. Einen weiteren Beitragssprung will die Regierung verhindern. Die Kassen warnen vor einem Defizit der Pflegeversicherung von 4,4 Mil-

liarden Euro dieses Jahr, wobei sie zugesagte Milliarden des Bundes bereits einrechnen. Für 2027 seien zusätzlich 10 Milliarden Euro nötig.

Laut Warkens Entwurf sollen die 2022 eingeführten Leistungszuschläge für Bewohnerinnen und Bewohner von Pflegeheimen zeitlich gestreckt werden. Diese Zuschläge sollen die immer weiter steigenden Eigenanteile abfedern; die Pflegeversicherung trägt nur einen Teil der Kosten. Die gestaffelten Zuschläge steigen mit der Aufenthaltssdauer. Die Streckung soll die Pflegekassen im kommenden Jahr um 2,6 Milliarden Euro entlasten. Zu den vorgeschlagenen Sparmaßnahmen zählt auch eine strengere Einstufung in Pflegegrade.

Die SPD pocht darauf, „die Finanzierungsverantwortung gerechter zu verteilen“, wie es Pantazis in einem der dpa vorliegenden Papier geschrieben hatte. Sie fordert eine Begren-

zung der steigenden Eigenanteile, die Pflegebedürftige und ihre Angehörigen für die Pflege in einem Heim zahlen müssen (Pflegedeckel). Und sie verlangen einen Beitrag der Privatversicherten. Als Vorgriff auf das Ziel eines „gemeinsamen solidarischen Systems“ soll es demnach zumindest einen finanziellen Ausgleich zwischen privater und sozialer Pflegeversicherung geben. Die SPD argumentiert mit einer günstigeren Versichertenstruktur der privaten Pflegeversicherung.

Auf beide Vorschläge hatte Linnemann ablehnend reagiert. Unter anderem verwies er auf eher geringe Einsparungen durch einen Pflegedeckel.

Unterstützt wird der SPD-Vorschlag einer Deckelung hingegen von den Kommunen. „Ein echter Pflegedeckel kann ein wichtiger Teil der Lösung sein“, sagte der Präsident des Landkreistags, Achim Brötzel von der CDU.

dpa

Nach Ceuta: Eingreiftruppe für Frontex

Brüssel – Nach der Migrationskrise in spanischen Ceuta will die Europäische Kommission die EU-Grenzschutzagentur Frontex mit einer schnellen Eingreiftruppe ausstatten. Frontex müsse innerhalb von 24 Stunden dort sein können, wo die Krise tatsächlich stattfindet, sagte EU-Kommissar Magnus Brunner bei der Vorstellung eines Aktionsplans.

dpa

Elif Eralp war Mitglied der Roten Hilfe

Berlin – Die Berliner Linken-Fraktionsvorsitzende Elif Eralp und Spitzenkandidatin bei der Abgeordnetenhauswahl war mehrere Jahre Mitglied des Vereins Rote Hilfe. Sie sei aber im vergangenen Jahr ausgetreten, teilte die Partei mit. Laut Verfassungsschutz ist die Rote Hilfe Berlins größte linksextremistische Organisation.

dpa

Klößner kritisiert AfD und Linke

„Beide Fraktionen haben die meisten Ordnungsrufe“, so die Bundestagspräsidentin

Berlin – Bundestagspräsidentin Julia Klößner warnt vor einer zunehmenden Polarisierung im Parlament und kritisiert das Verhalten von Abgeordneten der AfD und Linken im Plenum. „Das schaukelt sich so dermaßen hoch“, sagte Klößner im Podcast „Meine schwerste Entscheidung“ der Funke Medien. „Die beiden Fraktionen haben die meisten Ordnungsrufe mit Abstand. Die AfD die meisten, aber die Linken ziehen nach. Und diese Polarisierung, da müssen wir achtgeben“, sagte die CDU-Politikerin. Diese Polarisierung dürfe nicht dazu führen, dass Stimmen der Mehrheit untergehen.

Klößner drohte mit einer harten Linie. „Wenn es eska-



Julia Klößner (CDU) warnt Störer im Bundestag: „Wenn es eskaliert, schmeiße ich die ganze Fraktion raus.“

DPA

liert, schmeiße ich die ganze Fraktion raus. Dieses Instrument habe ich als Präsidentin“, sagte die Parlamentspräsidentin. „Denn wir müssen eines ge-

währleisten, dass die Plenardebatte stattfinden kann. Und wenn eine Fraktion systematisch sagt, wir stören das, bis der andere nicht mehr ge-

hört wird, dann ist es meine Aufgabe, das Ganze zu leiten.“ Es gebe Regeln. Diese müsse sie unabhängig davon durchsetzen, von wem ein Regelbruch ausgehe, sagte Klößner.

Zugleich kritisierte sie, manche Reden wirkten, als seien sie vor allem für kurze TikTok-Videos inszeniert. Es würden Follower im Plenum begrüßt und Redebeiträge teils ohne Bezug zum Vorredner gehalten. Die Geschäftsordnung sei deshalb umfassend überarbeitet worden. Bei aller nötigen Auseinandersetzung werde es gefährlich, wenn nicht mehr Argumente, sondern Personen bekämpft würden und „Demontage statt Diskussion“ im Vordergrund stehe.

dpa

Studie: Sozialer Zusammenhalt nimmt etwas zu

Gütersloh – Nach einem starken Einbruch im Jahr 2023 hat sich der gesellschaftliche Zusammenhalt in Deutschland nach einer neuen Studie der Bertelsmann Stiftung wieder erholt. Soziale Beziehungen und Gemeinwohlorientierung erreichten wieder höhere Werte, wie der „Religionsmonitor 2026“ der Stiftung zeigt. Dabei blieben das Gerechtigkeitsempfinden und das Vertrauen in die Regierung allerdings auf niedrigem Niveau. Religion habe wiederum einen positiven Einfluss auf den Zusammenhalt, hieß es. Der Wert für den gesellschaftlichen Zusammenhalt lag den Angaben zufolge auf einer Skala von 0 bis 100 bei 51 Punkten.

epd